



**TEMPELHOF.
SCHÖNEBERG.
STARK.
MACHEN.**



Bezirkswahlprogramm 2026–2031 AfD Tempelhof-Schöneberg

PRÄAMBEL

13 Jahre nach ihrer Gründung tritt die Alternative für Deutschland (AfD) nunmehr zum dritten Mal in Tempelhof-Schöneberg zur Wahl an, um die Politik in unserem Bezirk aktiv mitzugestalten. Wir stehen für eine Politik des gesunden Menschenverstandes und sind bereit, auf allen politischen Ebenen Verantwortung zu übernehmen – aus drängender Sorge um die Zukunft unseres Bezirkes und die Zukunft Berlins. Das vorliegende Bezirkswahlprogramm 2026 skizziert die politischen Ziele und Leitlinien der AfD Tempelhof- Schöneberg für unseren Bezirk in den kommenden fünf Jahren und steht unter der Devise:
„Berlin. Stark. Machen.“

1. WOFÜR WIR IN TEMPELHOF- SCHÖNEBERG STEHEN

Tempelhof-Schöneberg ist einer der vielfältigsten Bezirke Berlins – vom gründerzeitlichen Schöneberger Norden bis zu den dörflich geprägten Einfamilienhausstraßen in Lichtenrade. Wir wollen einen Bezirk, der funktioniert: sauber, sicher, bürgernah und lebenswert. Die AfD Tempelhof-Schöneberg steht für klare Ordnung, verlässliche Infrastruktur und eine Politik, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen hier orientiert – nicht an ideologischen Vorgaben der rot-grün-roten Vergangenheit oder der jetzigen schwarz-roten Senatskoalition.

Tempelhof-Schöneberg vereint wie kaum ein anderer Berliner Bezirk gegensätzliche Lebenswelten: die urbane Dichte des Nollendorfkiezes und der Roten Insel, das bürgerliche Friedenau mit seinen Schriftstellerstraßen, die Arbeiter- und Beamtentradition von Tempelhof, die Pferdesport- und Altsiedler-Kultur Mariendorfs, den Industriestandort Marienfelde mit dem Mercedes-Benz-Werk und die Ein- und Zweifamilienhausstraßen Lichtenrades am südlichen Stadtrand. Rund 350.000 Menschen leben hier – und immer mehr von ihnen sind mit dem Zustand ihres Bezirks nicht mehr einverstanden.

Die Gründe liegen auf der Hand: Der Dauerstau auf dem Tempelhofer Damm, der seit Jahren vorhersehbare und dennoch schlecht koordinierte Ausbau der Dresdner Bahn in Lichtenrade, die schleichende Entleerung des Wenckebach-Klinikums, die offene Drogen- und Bandenkriminalität rund um Bülowstraße und Kurfürstenstraße, die überdurchschnittliche Konzentration von Flüchtlingsunterkünften mit den Hangars am ehemaligen Flughafen als einer der größten Einrichtungen Berlins, das seit Januar 2024 geschlossene Stadtbad Schöneberg und der Versuch von

CDU und SPD auf Landesebene, den Volksentscheid von 2014 zum Tempelhofer Feld auszuhebeln.

Wir stehen für eine Politik, die dem entgegentritt:

- **Ordnung und Sicherheit** als Grundlage aller anderen Lebensqualität
- **Bezahlbares Wohnen** ohne Nachverdichtung der Innenhöfe und ohne Bebauung des Tempelhofer Feldes.
- **Verlässliche Infrastruktur** – funktionierende Bahnhöfe, saubere Parks, befahrbare Straßen, erreichbare Ärzte
- **Respekt vor dem Bürgerwillen** – wer einen Volksentscheid aushebelt, untergräbt die Demokratie
- **Leistung und Eigenverantwortung** statt Dauerförderung ideologischer Parallelstrukturen
- **Deutsche Leitkultur** als selbstverständliche Grundlage des Zusammenlebens

Unser Denken ist geprägt vom Bekenntnis zu mehr Bürgerbeteiligung, persönlicher Freiheit und kommunaler Eigenständigkeit. Wir sind willens und bereit, auch alternative Wege zu gehen, um die besonderen Probleme unseres Bezirks zu lösen und seine Potenziale zu aktivieren. Nur mit einer starken AfD-Fraktion in der BVV Tempelhof-Schöneberg lassen sich die notwendigen Veränderungen durchsetzen.

2. DEMOKRATIE, TRANSPARENZ UND BÜRGERBETEILIGUNG

Volksentscheide sind bindend. Wer sie per Gesetzesänderung aushebelt, zerstört das Vertrauen in die direkte Demokratie. Wir fordern eine gläserne Bezirksverwaltung, eine digitale Bürgerplattform für Petitionen und echte Bürgerbeteiligung statt inszenierter „Dialogwerkstätten“.

2.1 Respekt vor Volksentscheiden

Der Volksentscheid vom 25. Mai 2014 zum Erhalt des Tempelhofer Feldes wurde mit 64 Prozent Zustimmung getragen. Die Beteiligungswerkstatt 2024, an der 275 ausgeloste Berliner teilnahmen, hat diese Haltung einstimmig bestätigt. Trotzdem verfolgen CDU und SPD unter dem Regierenden Bürgermeister Wegner und Bausenator Gaebler das Ziel, das Tempelhofer-Feld-Gesetz zu ändern und eine Randbebauung durchzusetzen – notfalls gegen den erklärten Bürgerwillen und mit angekündigten „Volksbefragungen“, deren Modus in der Berliner Verfassung gar nicht vorgesehen ist.

2.2 Transparenz und gläserne Verwaltung

Bei der Amtsausübung der gewählten Vertreter und in der Verwaltung mangelt es an Klarheit und Nachvollziehbarkeit. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des Informationsfreiheitsgesetzes ein und wollen aus dem Bezirk heraus maßgebliche Impulse setzen. Zugangsbeschränkungen und Gebühren, die den Bürgern den Zugang zu Entscheidungsprozessen erschweren, sind abzubauen. Die digital einsehbare Bezirksverwaltung ist unser erklärtes Ziel. Damit beugen wir Korruption und Vorteilsnahme wirksam vor.

2.3 Echte Bürgerbeteiligung

Die aktuelle Praxis inszenierter Beteiligung (Dialogwerkstätten, Ideenwettbewerbe) dient häufig dazu, vorentschiedene Projekte demokratisch zu legitimieren. Der Dialogprozess zum Tempelhofer Feld ist ein Musterbeispiel: Weil das Ergebnis nicht passte, wurde seine Bedeutung heruntergespielt. Echte Bürgerbeteiligung muss frühzeitig, öffentlich und ergebnisoffen erfolgen – und die Verwaltung muss das Ergebnis akzeptieren, auch wenn es der Verwaltung nicht gefällt.

Wir wollen:

- vollständige Achtung aller bestehenden Volksentscheide, insbesondere zum Tempelhofer Feld
- gläserne, digital einsehbare Bezirksverwaltung
- frühe und ergebnisoffene Bürgerbeteiligung bei allen größeren Bauvorhaben

- Transparenz bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen
- keine Finanzierung von Denunziations- und Registerstellen durch den Bezirk

3. FAMILIE, KINDER UND JUGEND

Die Familie ist das Fundament unserer Gesellschaft. Familien brauchen verlässliche Kinderbetreuung, wohnortnahe Freizeitangebote und ein sicheres Umfeld – nicht ideologische Erziehungsprojekte. Die Schließung des Stadtbades Schöneberg und die unterversorgten Siedlungsgebiete in Marienfelde und Lichtenrade zeigen, wo die Politik versagt hat.

3.1 Kinderbetreuung und vorschulische Bildung

Kitaplätze sind in Tempelhof-Schöneberg ungleich verteilt: Während in einzelnen Kiezen Plätze frei bleiben, warten Familien in Lichtenrade, Marienfelde und Teilen Schönebergs monatelang. Die Betreuungszeiten passen oft nicht zur Arbeitsrealität berufstätiger Eltern. Gleichzeitig nehmen wir wahr, dass Einrichtungen zunehmend zur politischen Bühne werden – von Gender-Pädagogik über einseitige „Klimaerziehung“ bis zu Konflikten um religiöse Symbole.

Wir setzen auf Trägervielfalt: Private, kirchliche, kommunale und elterngeführte Einrichtungen ergänzen sich. Genehmigungsverfahren für private Träger müssen vereinfacht und schneller bearbeitet werden. Randzeitenbetreuung am frühen Morgen und am Abend – idealerweise an den Kita-Standorten selbst – ist gerade für Alleinerziehende und Eltern in Schichtarbeit unverzichtbar.

Wir wollen:

- gerechte Verteilung vorhandener Kitaplätze zwischen Nord und Süd des Bezirks; Ausbau nur dort, wo Bedarf belegt ist

- Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für private und elterngeführte Träger
- flexible Öffnungszeiten und Randzeitenbetreuung, besonders für Schichtarbeiter und Alleinerziehende
- Unterstützung der Tagespflege als vollwertige Ergänzung zur Regel-Kita
- freiwillige Vorschulförderung mit Schwerpunkt Sprach- und Lernstärkung
- weltanschaulich neutrale Einrichtungen – keine ideologischen Projekte in der frühkindlichen Bildung

3.2 Familienförderung und Freizeitangebote

Familien sind Grundbausteine und Leistungsträger unserer Gesellschaft. Sie verdienen klare Rahmenbedingungen, finanzielle Entlastung und wohnortnahe Unterstützung. Freizeitangebote sind im Bezirk sehr ungleich verteilt:

Während der Norden vom Tempelhofer Feld und innerstädtischer Kultur profitiert, fehlt es in Lichtenrade, Marienfelde und Teilen Mariendorfs an Spielplätzen, Jugendzentren und Schwimmangeboten. Die Schließung des Stadtbades Schöneberg seit Januar 2024 hat die Situation zusätzlich verschärft.

3.3 Haus der Jugend

Der Bezirk hat die Errichtung des „Haus der Jugend“ beschlossen. Das Haus der Jugend ist für Tempelhof-Schöneberg ein wichtiger Ort, weil es jungen Menschen Raum gibt: Raum für Begegnung, Freizeit, Bildung, Kultur und persönliche Entwicklung. Gerade in einem dicht besiedelten Bezirk brauchen Kinder und Jugendliche verlässliche Anlaufstellen außerhalb von Schule und Elternhaus.

Solche Einrichtungen fördern soziale Teilhabe, stärken Gemeinschaft und bieten sinnvolle Angebote statt Perspektivlosigkeit auf der Straße. Sie unterstützen Jugendliche dabei, Verantwortung zu übernehmen, Talente zu entdecken und Konflikte friedlich zu lösen. Damit ist das Haus der Jugend nicht nur ein Freizeitort, sondern ein wichtiger Bestandteil der sozialen Infrastruktur im Bezirk.

Die Errichtung dieses Hauses ist am Werner-Voß-Damm geplant.

Wir lehnen diesen Standort inmitten eines Wohngebietes ab und fordern die Errichtung dieses Hauses auf dem sogenannten Baufeld 9 in Schöneberg.

Wir wollen:

- Ausbau und Sanierung von Spielplätzen, insbesondere in den südlichen Ortsteilen
- Stärkung von Familien- und Jugendzentren in den unterversorgten Kiezen
- ideologiefreie Freizeit- und Familienangebote
- rechtzeitige und verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen für Kinder
- konsequente Bekämpfung der Armut, besonders in den sozial belasteten Schöneberger Kiezen rund um Potsdamer Straße und Kurfürstenstraße
- Ausbau familienfreundlicher Kulturangebote (Kinderkinos, Kinderläden, Kindertheater, Wassersport auf Landwehrkanal und Teltowkanal)
- Errichtung eines Jugendzentrums in der John-Locke-Siedlung

3.4 Frauen, Männer und Gleichstellung

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Selbstverständlichkeit. In Tempelhof-Schöneberg stellt sie sich aber konkret: im Kurfürstenkiez, wo osteuropäische Frauen in Zwangsprostitution gehalten werden; in migrantisch geprägten Milieus, in denen Frauen und Mädchen mit einem Frauenbild konfrontiert sind, das mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Wir stehen für echte Schutzstrukturen und lehnen Quoten als Symbolpolitik ab.

Die Gleichstellung ist rechtlich längst erreicht – gesellschaftlich in Teilen des Bezirks nicht. Besonders kritisch sind Phänomene, die in Tempelhof-Schöneberg gehäuft auftreten:

- **Zwangsprostitution** rund um Bülow- und Kurfürstenstraße, vor allem junger Frauen aus Osteuropa, häufig mit Clan-Hintergrund
- **Zwangsheirat, Ehrenmorde, Genitalverstümmelung** in migrantisch geprägten Milieus im Schöneberger Norden und in Teilen Tempelhoofs
- **Häusliche Gewalt**, deren Dunkelfeld schwer zu beziffern ist

Wir wollen, dass Frauen in diesen Situationen wirksam geschützt werden – mit Frauenschutzeinrichtungen, die türkisch- und arabischsprachiges Personal vorhalten, mit konsequenter Strafverfolgung und mit Bildungsangeboten, die bis in die Familien hineinwirken.

Die gesellschaftlichen Frauenbilder von Einwanderern sind nur insofern zu tolerieren, als sie mit dem Grundgesetz und unseren Werten vereinbar sind. Wer Frauen und Mädchen als Menschen zweiter Klasse sieht, ihnen Bildungs- und Selbstbestimmungsrechte vorenthalten will oder sie auf eine reine Haushalts- und Mutterrolle reduziert, vertritt eine Haltung, die in Deutschland keinen Platz hat.

Eine Frauenquote für öffentliche Ämter und Unternehmen lehnen wir ab. Sie ist herabsetzend – Frauen sind intellektuell ebenso leistungsfähig wie Männer und bedürfen keiner Quotenkrücke.

Wir wollen:

- massive Aufstockung der Plätze in Frauenschutzeinrichtungen im Bezirk
- Frauenschutzeinrichtungen mit türkisch- und arabischsprachigem Fachpersonal
- konsequente Strafverfolgung bei Zwangsprostitution, Zwangsheirat, Ehrenmorden und Genitalverstümmelung
- Bildungs- und Informationsinitiativen, die gezielt Mädchen und junge Frauen aus migrantischen Milieus erreichen
- Selbstverteidigungskurse als festes Angebot
- Ablehnung von Frauenquoten
- steuerliche Anerkennung von Erziehungsleistung; Entlastung von Familien mit Kindern
- entschiedener Schutz vor jeder Form körperlicher, seelischer und sexueller Gewalt – unabhängig vom Milieu

4. SCHULE UND BILDUNG

Bildung ist die Grundlage aller gesellschaftlichen Zukunft. Schulen müssen leistungsorientiert, sicher und weltanschaulich neutral sein. Wir stehen für ein differenziertes Schulsystem, gezielte Begabten- wie Förderschul-Strukturen und ein Sofortprogramm zur Sanierung maroder Schulgebäude. Die Ausbildungsoffensive soll den Industriestandort Marienfelde (Mercedes-Benz, Gewerbegebiet Motzener Straße), den Sinn-Campus (BSR-Zentrale am Südkreuz) und das Handwerk als attraktive Perspektiven für junge Menschen sichtbar machen.

4.1 Gewaltfreie Schule

Schule muss frei sein von körperlicher, seelischer und verbaler Gewalt. Das beginnt bei einer gut organisierten Pausenaufsicht und reicht bis zur verbindlichen Einbeziehung der Eltern bei Sachschäden.

Gewaltvorkommnisse sind unverzüglich dem Polizeiabschnitt zu melden – unabhängig vom „Schulimage“ oder vom Herkunftsland der Beteiligten. Lehrer und Schüler müssen vor aggressivem oder verleumderischem Verhalten geschützt werden.

Der Drogenhandel vor und in Schulen – insbesondere rund um den Tempelhofer Damm, in der Nähe des Südkreuzes und am Nollendorfplatz – ist mit besonderer Konsequenz zu bekämpfen. Schulpflicht ist in jedem Fall durchzusetzen; bei Grundschulkindern sind die Eltern in der Pflicht.

Wir wollen:

- verbindliche Meldepflicht aller Gewaltvorfälle an den zuständigen Polizeiabschnitt
- Elternhaftung für durch Schüler verursachte Sachschäden
- gezielte Maßnahmen gegen Drogenhandel im Schulumfeld
- Schutz der Lehrer vor Übergriffen und Verleumdungen
- Schulpflichtkontrolle mit klaren Konsequenzen bei Verstößen

4.2 Schulsystem und Leistungsförderung

Wir bekennen uns zum differenzierten Schulsystem mit Gymnasium, Realschule, Hauptschule und spezialisierten Förderschulen. Inklusion um jeden Preis lehnen wir ab. Kinder mit Beeinträchtigung sollen von besonders qualifizierten Lehrern in qualifizierten Einrichtungen oder in eigenen Klassen an regulären Schulen unterrichtet werden – und je nach individueller Befähigung an Unterrichtseinheiten nicht beeinträchtigter Kinder teilnehmen können.

Besonders begabte und leistungsbereite Schüler sollen gezielt gefördert werden. Für leistungsfähige Kinder aus weniger begüterten Familien schlagen wir eine „Initiative Förderpatenschaft“ vor: Berliner mit höherem Einkommen können entsprechende Schüler finanziell und per Mentoring unterstützen, die Leistung soll steuerlich absetzbar sein.

Schulgebäude im Bezirk sind teils in erbärmlichem Zustand – insbesondere Turnhallen, Toiletten und Außenanlagen. Wir fordern ein Sofortprogramm zur Sanierung. Schulgebäude dürfen nicht zur Unterbringung von Flüchtlingen zweckentfremdet werden.

Wir wollen im Bezirk und im Land:

- Erhalt und Stärkung des differenzierten Schulsystems
- Erhalt der Förderschulen als spezialisierte Bildungseinrichtungen
- priorisiertes Sanierungsprogramm maroder Schulgebäude, Turnhallen und Toiletten
- warmes, kostenloses Mittagessen in guter Qualität für alle Schüler
- Ausbau der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik)
- Lehrplaninitiative „Finanzielle Lebensführung“ (Geldsystem, Kredite, Altersvorsorge, Versicherungswesen)
- weltanschaulich neutrale Schule – keine ideologischen Projektstage, keine politische Instrumentalisierung von Schülern
- Einhaltung des Berliner Neutralitätsgesetzes im Schuldienst
- „Initiative Förderpatenschaft“ zur Unterstützung leistungsfähiger Schüler aus einkommensschwachen Familien

- Ausbau der Programme gegen Gewalt und Mobbing, Zerschlagung von Gang-Strukturen

4.3 Ausbildungsinitiative – Handwerk und Industrie im Bezirk

Das gesellschaftliche Paradigma, dass ein Abitur in jedem Fall zwingend nötig sei, drängt viele Kinder in Bildungswege, die ihrer Begabung nicht entsprechen. Gleichzeitig klagen Handwerk und Industrie über fehlenden Nachwuchs. Tempelhof-Schöneberg hat mit Industrie und Handwerk hervorragende Ausbildungsarbeitgeber im Bezirk – die aber in den Schulen viel zu wenig präsent sind.

Wir wollen:

- Attraktivitätsprogramm „Ausbildung in Tempelhof-Schöneberg“ gemeinsam mit Handwerkskammer, IHK und den Großarbeitgebern im Bezirk
- verpflichtende Berufsorientierung mit Praktika in Handwerks- und Industriebetrieben im Bezirk
- enge Kooperation zwischen Schulen und den Großarbeitgebern Mercedes-Benz, BSR, Vivantes
- gezielte Ansprache von Jugendlichen ohne Abschluss zur Qualifizierung für Handwerksberufe
- Abschaffung der Ausbildungsumlage

4.4 Außerschulische Bildung

Die Bezirksbibliotheken (Mittelpunktbibliothek Schöneberg, Stadtteilbibliotheken Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade, Friedenau) sind Grundpfeiler der außerschulischen Bildung. Wir setzen uns für ihren Erhalt, für verlängerte Öffnungszeiten und für den Ausbau digitaler Angebote sowie den Erhalt des Kulturgutes gedrucktes Buch ein. Die Volkshochschulen sollen ihr Angebot an arbeitsmarktrelevanten Kursen ausbauen.

Wir wollen:

- Erhalt und Modernisierung aller bezirklichen Bibliotheken
- Ausbau digitaler Leihangebote

- verlängerte Abend- und Sonntagsöffnungszeiten, damit Berufstätige die Bibliotheken besser nutzen können
- Stärkung der Volkshochschulen mit Schwerpunkt arbeitsmarktrelevante Kurse

5. SICHERHEIT UND ORDNUNG

Sicherheit ist die Grundlage für Lebensqualität, Vertrauen und Wohlstand. Der Bezirk hat mit dem Straßenstrich Bülow-/Kurfürstenstraße einen der härtesten Kriminalitätsschwerpunkte Berlins. Wir fordern eine stationäre Polizeiwache im Kurfürstenkiez, einen Sperrbezirk für die Straßenprostitution, die zügige Umsetzung des Neuköllner Modells bei Jugendkriminalität und konsequentes Vorgehen gegen Clan-Strukturen.

5.1 Öffentlicher Raum und Brennpunkte

Die Bülowstraße und die angrenzende Kurfürstenstraße gehören zu den härtesten Straßenstrichen Europas. Zwangsprostitution, Drogenhandel, Clan-Kriminalität und offene Gewalt prägen den Kiez. Familien in der Potsdamer Straße und rund um die Bülowstraße müssen ihre Kinder auf dem Spielplatz durch Spritzen und benutzte Kondome lotsen. Das ist keine „Kiezkultur“, sondern das Versagen der Ordnungspolitik.

Weitere Brennpunkte: das Umfeld des Südkreuzes, der Nollendorfplatz, das Pallasseum, Teile des Tempelhofer Dammes, die Umgebung des U-Bahnhofs Alt-Tempelhof, der Kleistpark, die Kolonnenstraße und zunehmend auch das Umfeld des Bahnhofs Schöneberg. Zu all diesen Orten gehören auch Vermüllung, Vandalismus und Graffiti-schäden.

Wir wollen:

- Einstufung von Schöneberg-Nord als kriminalitätsbelasteter Ort, um die Handlungsfähigkeit der Polizei auszuweiten, damit die Kriminalität effektiver bekämpft werden kann

- Einführung eines Sperrbezirks für die Straßenprostitution (Bülowstraße, Kurfürstenstraße, Frobenstraße, Potsdamer Straße)
- flächendeckende Videoüberwachung an bekannten Gefahrenstellen (Kurfürstenkiez, Südkreuz, Nollendorfplatz, Pallasseum, Tempelhofer Damm)
- Aufstockung von Polizei und Ordnungsamt im Bezirk, bessere Ausrüstung und Bezahlung
- permanente Kontaktbereichsbeamte in allen Kiezen
- konsequentes Vorgehen gegen Vermüllung im öffentlichen Raum, insbesondere an den identifizierten Schwerpunkten
- Verhinderung von Ghettobildung durch Gegensteuern bei der Konzentration sozialer Problemgruppen in einzelnen Kiezen
- konsequente Bekämpfung illegaler Trödelmärkte am Crellemarkt und in der Reinhardtstraße

5.2 Häusliche Gewalt und Frauenschutz

Häusliche Gewalt ist im Bezirk ein Thema, das besondere Aufmerksamkeit verdient. Das Dunkelfeld ist groß, zur Anzeige gebrachte Fälle werden zu langsam bearbeitet. Viele misshandelte Frauen ziehen aus Angst um sich und ihre Kinder Anzeigen zurück. Wir brauchen im Bezirk Frauenschutzeinrichtungen, die der demographischen und religiösen Realität Rechnung tragen, mit türkisch- und arabischsprachigem Personal. Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsheirat und Ehrenmorde sind Phänomene, die in Tempelhof-Schöneberg – insbesondere durch die Nähe zum Kurfürstenkiez – mit besonderer Sorgfalt zu erkennen und zu bekämpfen sind.

Wir wollen:

- Ausbau der Plätze in Frauenschutzeinrichtungen im Bezirk
- Fachpersonal mit Türkisch- und Arabischkenntnissen in Schutzeinrichtungen
- konsequente und schnelle Bearbeitung von Anzeigen – Opferschutz vor Täterschutz
- langfristige Gefährderansprache durch speziell geschulte Polizeikräfte
- verstärkte Einstellung weiblicher Polizeibeamter für Einsätze mit häuslicher Gewalt

- spezialisierte Ermittlungsarbeit bei Menschenhandel, Zwangsprostitution und Zwangsheirat

5.3 Jugendkriminalität – Neuköllner Modell

Der Rechtsstaat wird von vielen jugendlichen Straftätern nicht respektiert und wegen seiner Nachgiebigkeit verachtet. Wir stehen für ein konsequentes Null-Toleranz-Prinzip und die zügige Verurteilung jugendlicher Straftäter nach dem Neuköllner Modell: Tat und Strafe müssen zeitlich eng zusammenhängen, damit der Zusammenhang erfahrbar wird und kriminelle Karrieren verhindert werden.

Die Berliner Jugendhilfe belastet den Haushalt mit etwa 500 Millionen Euro pro Jahr – bei weitgehend undurchsichtiger Trägerstruktur. Die Praxis, entzogene Kinder und Jugendliche bei freien Trägern in teuren WG-Konstruktionen unterzubringen und dabei ihre Verbindung zur Familie abzuschneiden, ist zu überprüfen. Staatlich geführten Einrichtungen ist der Vorzug zu geben.

Wir wollen:

- konsequente und zügige Anwendung des Neuköllner Modells bei Jugendkriminalität
- mehr Personal und finanzielle Mittel in Justiz und Jugendgerichtsbarkeit
- Überprüfung der Trägerlandschaft in der Jugendhilfe; Vorrang staatlich geführter Einrichtungen
- Aussteigerprogramme für links- und rechtsextremistisch sowie religiös radikalisierte Jugendliche
- frühzeitige Radikalisierungserkennung durch Kompetenz-Einheiten aus Polizei, Sozial- und Religionsverbänden

5.4 Organisierte Kriminalität und Clan-Strukturen

Clan-Strukturen sind im Bezirk besonders im Umfeld Bülow-/Kurfürstenstraße nachgewiesen. Schutzgelderpressung von Prostituierten, Drogenhandel, Geldwäsche über Shisha-Bars, Autohandel und Gastronomie sind bekannte Muster. Wir unterstützen Polizei und Staatsanwaltschaft bei der Bekämpfung und fordern konsequente Einziehung kriminellen Vermögens.

Wir wollen:

- Stärkung der LKA-Abteilung für organisierte Kriminalität
- konsequente Anwendung des Vermögensabschöpfungsrechts
- enge Zusammenarbeit mit Finanz-, Zoll- und Gewerbeaufsicht bei Clan-Strukturen
- regelmäßige Schwerpunktkontrollen in bekannten Geldwäscheumgebungen
- konsequente Abschiebung straffällig gewordener ausreisepflichtiger Ausländer

5.5 Politische und religiöse Gewalt

Politischen oder religiösen Aufrufen zu Gewalt treten wir unabhängig von ihrer Ausrichtung entschieden entgegen – ob links-, rechts- oder religionsextremistisch motiviert. Besonderes Augenmerk gilt der Prävention islamistischer Radikalisierung. Aufrufe zur Gewalt im Zuge internationaler Konflikte, die wiederholt in die Bülow-, Kurfürsten- und Potsdamer Straße sowie in den Kleistpark hineingetragen werden, müssen konsequent verfolgt werden.

Wir wollen:

- konsequente Verfolgung von Gewaltaufrufen aus allen Spektren
- Aussteigerprogramme nicht nur für Rechtsextremisten, sondern gleichberechtigt auch für Links- und Islamextremisten
- keine Verharmlosung importierter internationaler Konflikte
- Strafverschärfung bei Angriffen auf politische Parteien, Parteibüros, Wahlhelfer und Mandatsträger

6. VERKEHR UND INFRASTRUKTUR

Tempelhof-Schöneberg lebt von funktionierenden Nord-Süd-Verbindungen. Die Dauerbaustellen auf dem Tempelhofer Damm, die ungelöste Lärmschutzfrage an der Dresdner Bahn in Lichtenrade und die defekten

Rolltreppen am Südkreuz stehen exemplarisch für Politikversagen. Wir stehen für sachorientierte Verkehrspolitik statt ideologischer Verbotskultur.

6.1 Individualverkehr (B96, A100, Tempelhofer Damm)

Die Bundesstraße 96 prägt den Bezirk auf ganzer Länge – als Tempelhofer Damm, Mariendorfer Damm und Lichtenrader Damm. Hinzu kommen die A100 mit mehreren Anschlussstellen im Bezirk (Tempelhofer Damm, Alboinstraße, Oberlandstraße, Gradestraße) und die inneren Hauptachsen Hauptstraße, Potsdamer Straße, Rheinstraße und Kolonnenstraße.

Verkehrspolitische Maßnahmen dürfen nicht isoliert beschlossen werden. Jede Maßnahme, die Parkraum reduziert, Fahrspuren verändert, Baustellenbelastungen erzeugt oder Umleitungen erforderlich macht, muss vorab mit einer belastbaren Folgenabschätzung verbunden werden. Dazu gehören Auswirkungen auf Anwohner, Gewerbe, Lieferverkehr, Rettungswege, Ersatzparkraum, Nebenstraßen und Bauzeitenkoordination.

Die ideologisch motivierten Verkehrsberuhigungen der vergangenen Jahre – etwa der Umbau der Hauptstraße oder der Potsdamer Straße – haben den Verkehr nicht reduziert, sondern in die Wohnkiese verdrängt. Poller und bauliche Sperren behindern Anwohner, Lieferverkehr und Rettungs- und Pflegedienste.

Wir wollen:

- verbindliche Baustellenkoordination im Bezirk – keine überlappenden Dauerbaustellen auf parallelen Achsen
- zügige Fertigstellung der Sanierung Tempelhofer Damm / Mariendorfer Damm / Lichtenrader Damm
- Rücknahme ideologischer Verkehrsberuhigungen, die den Verkehr nur in Wohnkiese verdrängt haben
- Rückbau von Pollern und baulichen Sperren, die Rettungs- und Lieferverkehr behindern
- mehr Parkplätze bei Neubauten und Erhalt bestehender Parkplätze

- frühzeitige Bürgerinformation, Prüfung von Ersatzparkraum und Abstimmung mit Gewerbe, Rettungsdiensten und öffentlichem Nahverkehr
- Sanierung von Gehwegen und Fahrbahnen in Marienfelde, Lichtenrade und Mariendorf
- zweckgebundene Verwendung von Bußgeldeinnahmen für Verkehrsmaßnahmen
- Ablehnung einseitiger Bevorzugung der Elektromobilität

6.2 Öffentlicher Nah- und Fernverkehr

Der Bahnhof Südkreuz ist einer der wichtigsten Fernbahnhöfe Berlins und ein zentraler ICE-Halt. Trotzdem sind dort monatelang Rolltreppen und Aufzüge außer Betrieb – mit absurden Umwegen für Familien mit Kinderwagen, Senioren und Reisende mit Gepäck. Die Dresdner Bahn ist für Lichtenrade seit Jahren das Dauerthema: Der östliche Lärmschutz wurde viel zu spät errichtet, die barrierefreie Fertigstellung der Unterführung Wolziger Zeile verzögert sich.

Die südlichen Ortsteile sind schlecht an das innerstädtische Busnetz angebunden. Die Linien 172, 175 und 275 bedürfen einer grundlegenden Überprüfung, nachdem sie durch die Bauarbeiten an der Dresdner Bahn mehrfach umgestaltet wurden.

Wir wollen:

- sofortige Instandsetzung aller defekten Rolltreppen und Aufzüge
- vollständige, barrierefreie Fertigstellung der Unterführung Wolziger Zeile ohne weitere Verzögerungen
- Fertigstellung der östlichen Lärmschutzwand an der Dresdner Bahn in Lichtenrade
- bessere ÖPNV-Anbindung zwischen Marienfelde, Lichtenrade und dem S-Bahnhof Südkreuz
- Ausbau der Nachtanbindung, besonders für den Süden des Bezirks
- Ausbau der U6 bis mindestens Lichtenrade
- höhere Taktung der U6 im Berufsverkehr

6.3 Rad- und Fußverkehr, Schulwegsicherheit

Rad- und Fußverkehr haben ihren Platz – aber nicht durch Diskriminierung des Autoverkehrs. Bestehende Radwege müssen instandgehalten werden, besonders am Tempelhofer Damm, am Columbiadamm und in der Hauptstraße, wo es immer wieder zu schweren Unfällen kommt. Die Querung der Hauptverkehrsachsen durch Kinder auf dem Schulweg – Tempelhofer Damm, Mariendorfer Damm, Hauptstraße, Rheinstraße – ist ein ungelöstes Problem.

Wir wollen:

- Instandhaltung bestehender Radwege statt neuer Prestigeprojekte
- klar markierte und beleuchtete Schulwege mit sicheren Querungen an den Hauptachsen
- Absenkung von Bordsteinen
- Nachrüstung von Fußgängerampeln an gefährlichen Kreuzungen
- keine einseitige Verdrängung des Autoverkehrs durch Tempo 30 auf Hauptachsen

7. BAUEN UND WOHNEN

Das Tempelhofer Feld bleibt frei – der Volksentscheid von 2014 ist bindend. Wir lehnen Nachverdichtung auf Grünflächen und in Innenhöfen ab. Wohnraum entsteht durch Nutzung von Leerstand, Dachaufstockung und maßvollen Neubau mit Infrastruktur – nicht durch Aushebelung direkter Demokratie.

7.1 Tempelhofer Feld – Volksentscheid achten

Das Tempelhofer Feld ist einer der wichtigsten innerstädtischen Freiräume Europas, eine Kaltluftschneise für die Nachbarkieze und ein Massenfreizeitraum für die gesamte Stadt. Der Volksentscheid 2014 mit 64 Prozent Zustimmung hat dazu eine klare Entscheidung getroffen.

Die Beteiligungswerkstatt 2024 mit 275 ausgelosten Berlinern hat diese Haltung bestätigt. Der Ideenwettbewerb 2025 hat ergeben, dass vier von sechs prämierten Entwürfen keine Bebauung vorsehen. Über eine Randbebauung müssen die Berliner in einem neuen Volksentscheid abstimmen!

Wir wollen:

- volle Achtung des Volksentscheides 2014
- sinnvolle Nachnutzung des Flughafengebäudes selbst mit internationaler Konzept-Ausschreibung wie beim ICC
- kreative Gestaltung des Feldes als Kaltluftschneise und Freizeitfläche

7.2 Bezahlbarer Wohnraum ohne Nachverdichtung

Die Ursache der Wohnungsnot ist nicht fehlendes Bauland, sondern unkontrollierter Zuzug, getrieben insbesondere durch die unregelmäßige Migration der vergangenen Jahre. Die Folgen: Nachverdichtung der Innenhöfe und Grünflächen, Zerstörung gewachsener Kiezstrukturen und Bürger, die sich bei Bauvorhaben überrumpelt fühlen. Aktuelle Projekte wie „B'Ella“ am Südkreuz, der Sinn-Campus, die Nachverdichtung „Am Mühlenberg“ in Schöneberg oder das Quartier am Lichterfelder Ring in Marienfelde zeigen, wie der Bezirk unter Druck gerät, ohne dass die begleitende Infrastruktur mithält.

Wir wollen die Anwendung des § 34 BauGB restriktiver gestalten: Maßstab für das Einfügen zusätzlicher Bauwerke soll künftig der prägende Bestand der unmittelbaren Nachbarschaft sein, nicht der obere Rahmen. Größere Nachverdichtungen und Nutzungsintensivierungen sollen grundsätzlich nur über verbindliche Bebauungspläne mit öffentlicher Beteiligung erfolgen. Wohnungsbau-Genossenschaften, die nicht gewinnorientiert arbeiten, sind bei der Flächenvergabe zu bevorzugen.

Wir wollen:

- restriktive Anwendung des § 34 BauGB; Maßstab ist die unmittelbare Nachbarschaft
- keine Nachverdichtung zulasten von Grünflächen und Innenhöfen

- Erhalt der Kleingartenanlagen (insbesondere entlang der Dresdner Bahn und auf dem Schöneberger Südgelände)
- Neubauten nur mit ausreichender sozialer Infrastruktur (Kitas, Schulen, Ärzte, ÖPNV)
- frühe und ernsthafte Bürgerbeteiligung bei allen größeren Bauvorhaben im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben
- bevorzugte Flächenvergabe an Wohnungsbau-Genossenschaften
- Förderprogramme für den Erwerb von Wohneigentum zur Eigennutzung gegenüber anonymen Investoreninteressen
- klare Regulierung von Ferienwohnungen: Anmeldepflicht, gewerbliche Besteuerung, Anrechnung auf Wohnraumbestand
- beschleunigte Bearbeitung von Bauanträgen durch personelle Aufstockung der Bauaufsicht
- vereinfachte Nutzung und Beschleunigung des Ausbaus leerstehender Büroflächen und Dachaufstockungen als vorrangige Wohnraumreserve, wo baurechtlich möglich
- Vereinfachung und Beschleunigung des Dachgeschossausbaus
- zügige Umsetzung der Neuen Mitte Tempelhof bei voller Finanzierungszusage durch den Senat

7.3 Gewerbe- und Büroflächen

Der Leerstand des Karstadt-Gebäudes am Tempelhofer Damm zeigt beispielhaft, wie Hauptgeschäftsstraßen ausbluten, wenn die Politik Eigentümer und Einzelhandel alleinlässt. Wir brauchen aktive Nachnutzungskonzepte – auch für leerstehende Büroflächen am Südkreuz, in der Hauptstraße und am Mariendorfer Damm.

Wir wollen:

- aktive Nachnutzungskonzepte für Leerstand am Tempelhofer Damm (Karstadt) und an der Hauptstraße
- Umwidmung leerstehender Büroflächen zu Wohnraum, wo baurechtlich möglich
- Unterstützung des Handwerks bei der Suche nach bezahlbaren Gewerbeflächen

7.4 Keine Bebauung von ehemaligen Friedhofsflächen

Friedhöfe sollten als Grünanlagen aufgrund ihres hohen Wertes an ökologischer und biologischer Vielfalt dauerhaft gesichert werden. Auf ihnen besteht eine jahrzehntelange Entwicklung der Flora und Fauna. Gleichzeitig dienen nicht genutzte Friedhofsflächen der Naherholung und sind ein wesentlicher Bestandteil des Stadtklimas mit ihrem kühlenden Effekt.

Wir wollen:

- keine Bebauung von ehemaligen Friedhofsflächen
- keine Bebauung des Dreifaltigkeitsfriedhofes in Mariendorf
- die dauerhafte Sicherung ehemaliger Friedhofsflächen als Grünanlagen zur Naherholung

8. INTEGRATION, MIGRATION, ASYL

Die Kapazitäten des Bezirks sind längst überschritten. Mit den Hangars am ehemaligen Flughafen (bis zu 1.596 Personen), dem Übergangwohnheim Marienfelder Allee (700 Personen) und zahlreichen weiteren Einrichtungen trägt Tempelhof-Schöneberg eine überdurchschnittliche Last. Wir fordern den sofortigen Stopp neuer Flüchtlingsunterkünfte und konsequente Transparenz beim Moscheeprojekt Alt-Mariendorf.

8.1 Kapazitätsgrenzen des Bezirks

Tempelhof-Schöneberg beherbergt mit den Hangars 1–3 und dem Parkplatz P3 am ehemaligen Flughafen Tempelhof (Columbiadamm 10, bis zu 1.596 Plätze) eine der größten Flüchtlingseinrichtungen Berlins – in direkter Nachbarschaft zu Wohngebieten und dem Tempelhofer Feld. Weitere Einrichtungen im Bezirk: Gemeinschaftsunterkunft Kirchhainer Damm 74 in Lichtenrade, Übergangwohnheim Marienfelder Allee 66–80 mit 700 Bewohnern, Notunterkunft Großbeerenstraße in Mariendorf, Gemeinschaftsunterkunft Handjerystraße in Friedenau, Notunterkunft im ehemaligen Hotel President an der Urania, Notunterkunft im Rathaus Friedenau.

Für einen Bezirk mit 350.000 Einwohnern bedeutet das eine erheblich höhere Belastung als im Berliner Durchschnitt. Schulen, Kitas, Gesundheitsversorgung und soziale Infrastruktur sind bereits jetzt an der Belastungsgrenze.

Wir wollen:

- sofortigen Stopp der Einrichtung neuer Flüchtlingsunterkünfte in Tempelhof-Schöneberg
- geordneten Rückbau der Hangar-Notunterkunft am Flughafen Tempelhof – keine Verstetigung einer „temporären“ Lösung
- Schluss mit der Belegung der Notunterkunft im Rathaus Friedenau
- gerechtere Verteilung von Unterbringungspflichten zwischen den Berliner Bezirken
- Umstellung von Geld- auf Sachleistungen
- Schaffung von Arbeitsgelegenheiten nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz
- konsequente Abschiebung ausreisepflichtiger Personen

8.2 Moscheeprojekt Alt-Mariendorf

An der Friedenstraße in Alt-Mariendorf, direkt gegenüber der denkmalgeschützten Dorfkirche, ist der Neubau eines viergeschossigen islamischen Kulturzentrums mit Moschee, Kuppel und Minarett geplant. Die Baugenehmigung wurde 2022 erteilt. Bauherr ist der Mariendorfer Moschee e. V., der zum Dachverband Islamische Föderation gehört. Drei Moscheegemeinden dieses Dachverbands werden vom Berliner Verfassungsschutz wegen mutmaßlicher Verbindungen zur Muslimbruderschaft beobachtet.

Aufgrund seiner städtebaulichen Dominanz und des Standortes gegenüber der historischen Dorfkirche bezeichnen wir diese Planungen als verfehlt. Eine Moschee an diesem Ort ist keine Privatsache, sondern hat eine städtebauliche und gesellschaftspolitische Signalwirkung. Wir fordern vollständige Transparenz über Trägerstruktur und Finanzierung.

Darüber hinaus sollen bei religiösen Kultur- und Bildungseinrichtungen mit überbezirklicher Wirkung Trägerstruktur, Finanzierung, Kooperationspartner und etwaige Bezüge zu vom Verfassungsschutz beobachteten Organisationen geprüft werden. Der Bezirk darf keine Einrichtungen fördern, vermieten oder durch Kooperationen aufwerten, bei denen belastbare Hinweise auf islamistische, antisemitische, verfassungsfeindliche oder parallelgesellschaftliche Strukturen bestehen.

Wir wollen:

- keine weiteren repräsentativen Moscheebauten mit Minarett und Kuppel im Bezirk
- vollständige Transparenzoffenlegung zu Trägerverein, Finanzierung und Nutzungskonzept aller Moscheen
- kritische Überprüfung der baulichen Maße (Höhe von Kuppel und Minarett, Verkehrsaufkommen, Stellplatzkonzept) im laufenden Verfahren
- keine Kita und keine Schule in Trägerschaft von Moscheevereinen mit Verbindungen zu vom Verfassungsschutz beobachteten Organisationen

8.3 Integrationserwartungen

Integration ist Bringschuld. Wer dauerhaft in Deutschland leben will, muss die deutsche Sprache beherrschen, die Rechtsordnung achten und die gesellschaftlichen Grundwerte teilen. Die deutsche Leitkultur gilt.

Wir wollen:

- Ausbau verpflichtender Sprachförderung
- klare Regeln für integrationswillige Zuwanderer
- Einbürgerung nur nach umfassender Prüfung von Sprachkenntnissen und Identifikation mit den Grundwerten
- Rückübertragung der Einbürgerungsfeiern in die Bezirke
- konsequente Einhaltung des Berliner Neutralitätsgesetzes im öffentlichen Dienst

9. ARBEIT UND SOZIALES

Hilfe zur Selbsthilfe statt dauerhafter Abhängigkeit. Wer arbeitet, muss finanziell bessergestellt sein als jemand im Leistungsbezug. Wir setzen auf Ausbildung, Qualifizierung und die Anbindung an die starken Industriearbeitgeber im Bezirk.

Der Grundsatz unserer Sozialpolitik ist klar: Sozialleistungen sollen unterstützen, aber keine Alternative zur Erwerbsarbeit sein. Wer arbeitet, eine Ausbildung aufnimmt oder Verantwortung übernimmt, muss finanziell bessergestellt sein als jemand im Leistungsbezug. „ALG-2-Karrieren“ von Einzelpersonen oder ganzen Familien müssen mit rechtsstaatlicher Durchsetzungskraft und wirksamen Qualifizierungsprogrammen eingedämmt werden.

Besonders alleinerziehende Mütter und Väter verdienen Unterstützung. Wir planen kostenlose Kinderbetreuung für Alleinerziehende, zusätzliche Qualifikations- und Ausbildungsangebote sowie Rechtsberatung. Anreize für Arbeitgeber, Alleinerziehende auch in Teilzeit zu beschäftigen, sind auszubauen.

Menschen mit Behinderungen brauchen verlässliche Strukturen und Mitbestimmung. Die Werkstätten für Menschen mit Behinderungen sind als Orte von Arbeit, Teilhabe und Struktur zu erhalten.

Wir wollen:

- bessere Berufsorientierung und verbindliche Unterstützung beim Übergang von Schule in Ausbildung oder Arbeit
- Anbindung an die Industriearbeitgeber im Bezirk (Mercedes-Benz Marienfelde, BSR-Sinn-Campus, Handwerksbetriebe)
- einfache, praxisnahe Qualifizierungsangebote für schwer Vermittelbare
- Stärkung des Lohnabstandsgebots
- kostenlose Kinderbetreuung und Qualifizierungsangebote für Alleinerziehende

- Erhalt und Förderung der Werkstätten für Menschen mit Behinderungen
- barrierefreie Gestaltung aller bezirklichen Einrichtungen
- konsequente Bekämpfung der Obdachlosigkeit im Kurfürstenkiez, am Südkreuz und am Nollendorfplatz
- transparente und nachvollziehbare Mittelvergabe
- Überprüfung der Trägerlandschaft in der Jugend- und Eingliederungshilfe auf Effizienz und Zweckmäßigkeit

10. GESUNDHEIT

UND DASEINSVORSORGE

Das Wenckebach-Klinikum wird schleichend abgewickelt, das Auguste-Viktoria-Krankenhaus ist überlastet, Hausärzte fehlen – gerade im Süden des Bezirks. Wir fordern die Entwicklung des Wenckebach-Standorts zur berlinweit zentralen Ausbildungsstätte „Pflege-Campus“ und eine aktive Ansiedlungspolitik für Haus- und Fachärzte in Lichtenrade, Marienfelde und Mariendorf.

10.1 Erhalt des Wenckebach-Klinikums

Das Wenckebach-Klinikum wurde 1875 bis 1878 als Königliches Garnisonslazarett errichtet, ist denkmalgeschützt und war über Generationen Ankerpunkt der Gesundheitsversorgung in Tempelhof. In den vergangenen Jahren wurden Rettungsstelle, Intensivstation, Chirurgie, Kardiologie und weitere Abteilungen in das Auguste-Viktoria-Klinikum nach Schöneberg verlegt. Übrig geblieben sind Psychiatrie, Altersmedizin und eine eingeschränkte Radiologie.

Wir wollen, dass an diesem Standort der lange geplante „Pflege-Campus“ für 3.500 Pflege-Auszubildende realisiert wird.

Wir wollen:

- Entwicklung des Wenckebach-Standorts als „Pflege-Campus“
- mindestens Sicherung der verbliebenen Abteilungen Psychiatrie, Altersmedizin und Radiologie

10.2 Ärztliche Versorgung, insbesondere im Süden

Tempelhof-Schöneberg hat in den südlichen Ortsteilen Lichtenrade, Marienfelde und Teilen Mariendorfs eine überalternde Bevölkerung bei zugleich ausdünnender hausärztlicher Versorgung. Wartezeiten von Wochen auf einen Facharzttermin sind die Regel. Wegen Renteneintritt aufgegebene Praxen werden oft nicht nachbesetzt.

Wir wollen:

- aktive Ansiedlungsförderung für Haus- und Fachärzte, besonders in Lichtenrade, Marienfelde und Alt-Mariendorf
- Stärkung von Apotheken, Gesundheitszentren und Pflegediensten
- Kurzzeitparkplätze für Ärzte in den Einkaufsstraßen
- zusätzliche Behindertenparkplätze an Kultur- und Sporteinrichtungen (Rathaus Schöneberg, Ufa-Fabrik, Trabrennbahn Mariendorf)
- barrierefreie Zugänge in allen Dienstgebäuden

10.3 Eigenverantwortung und Prävention

Gesundheit ist nicht nur Aufgabe des Staates. Jeder Bürger ist im Rahmen seiner Möglichkeiten zur Eigenverantwortung aufgerufen – durch Bewegung, gesundheitsbewusste Ernährung, Vorsorge und Prävention. Der Bezirk kann dabei unterstützen: durch Aufklärung in Kitas und Schulen, durch Sport- und Bewegungsangebote, durch Ernährungsbildung.

Gesundheitsmaßnahmen müssen grundgesetzkonform, geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein. Die Corona-Jahre haben gezeigt, wie schnell Grundrechte eingeschränkt werden können. Eine sachliche Aufarbeitung dieser Zeit auch auf Bezirksebene ist überfällig.

Wir wollen:

- Ausbau von Prävention und Aufklärung in Kitas und Schulen
- Förderung der freien Arztwahl und komplementärmedizinischer Angebote
- sachliche Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen auf Bezirksebene

11. SENIOREN UND

WOHNEN IM ALTER

Tempelhof-Schöneberg hat einen überdurchschnittlichen Anteil älterer Menschen, besonders in Friedenau, Lichtenrade, Marienfelde und Alt-Tempelhof. Sie verdienen ein selbstbestimmtes Leben in ihrem gewohnten Umfeld, funktionierende ärztliche Versorgung und Respekt.

Viele Senioren möchten in ihrem vertrauten Umfeld bleiben, finden aber zu wenig barrierefreie Wohnungen, Pflegeangebote und seniorengerechte Infrastruktur. Die Verlagerung von Klinikabteilungen aus dem Wenckebach-Klinikum, die Ausdünnung hausärztlicher Versorgung und die ungelöste Mobilitätsproblematik in den südlichen Ortsteilen treffen diese Gruppe besonders hart.

Wir sehen Senioren nicht als „altes Eisen“, sondern als wertvolle Erfahrungsträger. Besonders in der Unterstützung junger Gründer, als Mentoren, Nachhilfelehrer oder Ausbildungsbegleiter können sie der Gesellschaft viel geben. Mehrgenerationenprojekte, die Senioren- und Kindereinrichtungen räumlich verbinden, haben sich bewährt.

Wir wollen:

- Ausbau barrierefreier und seniorengerechter Wohnformen
- wohnortnahe Pflegeangebote, besonders in Lichtenrade, Marienfelde und Friedenau
- Erhalt der geriatrischen Kompetenzen am Wenckebach-Klinikum als verlässlichen Anker der Altersmedizin
- Mehrgenerationenprojekte, Nachbarschaftshilfen und Patenprogramme
- zusätzliche Parkbänke entlang der Einkaufsstraßen (Rheinstraße, Hauptstraße, Tempelhofer Damm, Lichtenrader Bahnhofstraße)
- mehr Freizeit-, Begegnungs- und Sportangebote für Senioren
- Erleichterungen beim Kulturzugang (ermäßigter Eintritt, seniorengerechte Veranstaltungszeiten)
- Unterstützung von Hospizen und Sterbebegleitung – das Thema „In Würde sterben“ verdient besondere Aufmerksamkeit

12. WIRTSCHAFT, MITTELSTAND

UND HAUSHALT

Tempelhof-Schöneberg ist ein unterschätzter Wirtschaftsstandort. Das Mercedes-Benz-Werk in Marienfelde, der entstehende BSR-Sinn-Campus am Südkreuz, die Einkaufsstraßen und der dichte Handwerksbesatz sind unsere Stärken. Der Bezirk darf Gewerbe nicht durch Auflagen ersticken – und der Haushalt muss transparent und nachvollziehbar geführt werden.

12.1 Industriestandort Marienfelde

Das Mercedes-Benz-Werk sichert hunderte Industriearbeitsplätze in Berlin, und der Bezirk trägt Verantwortung dafür, den Standort nicht durch

Bürokratie, Flächenkonflikte und schlechte Verkehrsanbindung zu beschädigen. Ebenso wichtig sind die kleineren Industrie- und Gewerbebetriebe entlang der Bessemer- und Teilestraße, der Marienfelder Allee sowie dem Gewerbegebiet Motzener Straße.

Wir wollen:

- aktive Standortpolitik für Mercedes-Benz Marienfelde und die umliegenden Industriebetriebe
- Sicherung und Modernisierung der verkehrlichen Anbindung (Marienfelder Allee, Großbeerenstraße, Anschluss an die A100)
- keine ideologische Behinderung von Industrie und Handwerk
- Förderung der Ausbildungsplätze im Werk und bei Zulieferern

12.2 Einzelhandel und Einkaufsstrassen

Die Einkaufsstrassen Tempelhofer Damm, Hauptstraße, Rheinstraße, Mariendorfer Damm und Lichtenrader Bahnhofstraße sind das Rückgrat des lokalen Handels. Der Leerstand am ehemaligen Karstadt-Standort Tempelhofer Damm steht symbolisch für den schleichenden Verlust. Gleichzeitig sind die Wochenmärkte am Winterfeldtplatz, am Crellemarkt und an der Lichtenrader Bahnhofstraße wichtige soziale Ankerpunkte.

Wir wollen:

- aktive Nachnutzungskonzepte für Leerstand
- Stärkung der Wochenmärkte
- Erhalt der Späti-Kultur und der Sonntagsöffnung
- Abschaffung des Straßenverkaufsverbots an Sonntagen
- vereinfachte Genehmigungsverfahren für kleine Betriebe

12.3 Gründer und kleine Dienstleister

Tempelhof-Schöneberg ist nicht Friedrichshain – aber der Bezirk hat mit dem Umfeld des Südkreuzes, den kreativen Kiezen in Schöneberg-Nord und den Gewerbehöfen in Tempelhof durchaus Gründerpotenzial. Wir wollen es gezielt fördern, ohne den Bezirk mit einem Start-up-Etikett zu überfordern, das ihm nicht entspricht.

Wir wollen:

- Unterstützung bei der Vermittlung von Gewerbeflächen, besonders für Handwerker, Kreative und kleine Dienstleister
- Stärkung der Gewerbehöfe in Tempelhof und Schöneberg
- bevorzugte Berücksichtigung lokaler Anbieter bei öffentlichen Ausschreibungen
- kein Verbot von Öl- und Gasheizungen
- Ja zu Kernenergie als Säule einer bezahlbaren Energieversorgung
- Abschaffung der Zweitwohnungssteuer zur Entlastung von Berufspendlern

12.4 Haushaltsdisziplin und Transparenz

Der Bezirkshaushalt ist zu intransparent. Mittelvergabe an Vereine, Trägerstrukturen in der Jugendhilfe und Infrastrukturprojekte sind für die Öffentlichkeit kaum nachvollziehbar. Wir fordern Haushaltstransparenz, konsequente Mittelverwendung im veranschlagten Bereich (und nicht Rückführung nicht verausgabter Mittel bei parallelem Verfall der Infrastruktur) und eine effektive Kontrolle.

Für größere bezirkliche Bau- und Infrastrukturprojekte sollen standardisierte Kosten-, Nachtrags- und Risikoberichte eingeführt werden, damit Kostensteigerungen, Terminverschiebungen und Verantwortlichkeiten frühzeitig erkennbar werden. Für bezirkliche Bau-, Sanierungs- und Infrastrukturvorhaben ist eine fortlaufend aktualisierte Projektliste einzuführen, in der Kostenstand, Terminstand, Zuständigkeit, Planungsstand, Risiken und wesentliche Folgekosten nachvollziehbar dargestellt werden.

Wir wollen:

- vollständige Transparenz der Haushaltspolitik und der öffentlichen Vergabe
- offene Vergabeprotokolle bei Fördermitteln und Aufträgen
- Unterstützung der bundesweiten Forderung nach einem Straftatbestand Steuermittelverschwendung
- konsequente Mittelverausgabung in den vorgesehenen Fachbereichen (Rad, Straßenbau, Sanierung) statt Rückgabe in den allgemeinen Haushalt
- Abbau nicht gesetzlich vorgeschriebener Beauftragtenstellen

13. KULTUR

Tempelhof-Schöneberg hat ein außergewöhnliches kulturelles Erbe – vom Rathaus Schöneberg über den Flughafen Tempelhof bis zur Ufa-Fabrik. Wir wollen es pflegen, wohnortnah zugänglich machen und vor ideologiegetriebenen Umwidmungen schützen.

Tempelhof-Schöneberg vereint einzigartige Orte der deutschen Geschichte: das Rathaus Schöneberg als Sitz der Regierenden Bürgermeister West-Berlins, an dessen Rathautreppe John F. Kennedy 1963 seinen berühmten Satz „Ich bin ein Berliner“ sprach und vor dem 1989 die Freiheit gefeiert wurde; den ehemaligen Flughafen Tempelhof mit dem Platz der Luftbrücke und dem Luftbrückendenkmal – einem der zentralen Orte der west-alliierten Unterstützung im Kalten Krieg; die denkmalgeschützte Dorfkirche Mariendorf und ihr dörfliches Ensemble; die Dorfkirche Marienfelde aus dem 13. Jahrhundert als ältestes erhaltenes Gebäude Berlins; die Ufa-Fabrik; den Schwerbelastungskörper als Mahnmal nationalsozialistischer Größenwahn-Architektur; die Trabrennbahn Mariendorf; die Gedenkstätte Marienfelde als Zeugnis der deutschen Teilung.

Kulturpolitik endet nicht an den Türen von Museen und Bibliotheken. Baukultur ist Erinnerungskultur im Stadtraum. Tempelhof-Schöneberg soll deshalb auch verlorene oder vernachlässigte stadtbildprägende Orte wieder stärker sichtbar machen.

Der Bezirk soll einen Prüf- und Wiedergewinnungskatalog für solche Orte erstellen, insbesondere für den Nollendorfplatz als ehemaligen Schmuckplatz mit dem Nickelmannbrunnen, den Bayerischen Platz mit seiner verlorenen historischen Platz- und Brunnenanlage, den Wittenbergplatz mit seinen sanierungsbedürftigen Brunnenanlagen sowie weitere Brunnen, Platzanlagen und Ensembles von besonderer bezirklicher Identitätswirkung. Ziel ist die Rückgewinnung von Aufenthaltsqualität, historischer Lesbarkeit und gewachsener Stadtbildidentität.

Zur kulturellen Identität Tempelhof-Schönebergs gehört auch das reiche jüdische Leben, das insbesondere das Bayerische Viertel vor 1933 prägte. Dieses Erbe darf nicht auf eine Opfererinnerung reduziert werden, sondern soll als Teil der bürgerlichen, wissenschaftlichen und künstlerischen Prägung Schönebergs sichtbar bleiben. Jüdisches Leben in Schöneberg soll nicht nur als Verlust sichtbar werden.

Kulturförderung muss zugänglich, wohnortnah und ideologiefrei sein. Wir lehnen politisch motivierte Umbenennungen von Straßen und Plätzen ab. Die Förderkriterien für Vereine und Kulturprojekte müssen transparent und politisch neutral gestaltet sein.

Wir wollen:

- Pflege und Inwertsetzung der historischen Orte
- würdige Erinnerung an die Berliner Luftbrücke als Teil der Identität des Bezirks und Deutschlands
- zügige Klärung der Nachnutzung des denkmalgeschützten Straßenbahndepots Belziger Straße
- Erhalt und Ausbau der bezirklichen Museen und Bibliotheken
- mehr Abendveranstaltungen in den Stadtteilzentren, damit Berufstätige teilnehmen können
- transparente und ideologiefreie Förderkriterien für Vereine und Kulturprojekte
- Stärkung der Musikschulen und verbesserte Zusammenarbeit mit den allgemeinen Schulen
- mehr Proberäume für Amateurmusiker, Bands, Orchester und Einzelmusiker
- keine ideologiegetriebenen Umbenennungen von Straßen, Plätzen und Schulen
- Schaffung identitätsstiftender Elemente, etwa Ehrengräber für verdienstvolle Persönlichkeiten aus dem Bezirk
- Erinnerung an die Opfer von Kriegen und Gewaltherrschaft erhalten

14. SPORT

Der schleichende Verfall der Schulsporthallen und Schwimmbäder sowie die ungenügende Förderung der Sportvereine sind Symptome einer gleichgültigen Sportpolitik.

Bewegung und Vereinssport sind wichtige Säulen für Gesundheit, Integration und Zusammenhalt. Tempelhof-Schöneberg hat mit zahlreichen Traditionsvereinen, dem Sommerbad am Insulaner, der Trabrennbahn Mariendorf und einer dichten Schulsportlandschaft gute Voraussetzungen – aber erhebliche Lücken.

Das Stadtbad Schöneberg ist seit Januar 2024 geschlossen, die Sanierung zieht sich hin. Das Sommerbad Mariendorf, der Insulaner, die Freibäder und Schwimmhallen des Bezirks müssen verlässlich zur Verfügung stehen. Schulsporthallen sind vielerorts marode. Der vielfach angekündigte Sportentwicklungsplan fehlt bis heute.

Wir wollen:

- Erhalt und Modernisierung des Sommerbads am Insulaner
- einen aktuellen, zukunftsorientierten Sportentwicklungsplan für den Bezirk
- deutlich stärkere Förderung der Sportvereine
- Sanierung der Schulsporthallen im Rahmen des Schulsanierungsprogramms (siehe Kapitel 4)
- neue öffentliche Sportanlagen, auch für Trendsportarten
- keine Umwidmung bestehender Sportanlagen ohne gleichwertigen Ersatz
- Unterstützung der Trabrennbahn Mariendorf als überregional bedeutender Sportstätte
- Informationsoffensive über Sportmöglichkeiten im Bezirk – gerade für Kinder, Jugendliche und Senioren

15. UMWELT, NATUR UND TIERE

Umweltschutz muss praxistauglich, bürgernah und bezahlbar sein. Der Schutz des Tempelhofer Feldes und die Pflege der öffentlichen Grünanlagen gehören ebenso zu den konkreten Aufgaben wie die tierschutzgerechte Regulierung invasiver und stark verbreiteter Tierarten. Die einheimische Artenvielfalt gilt es zu schützen und zu erhalten. Ideologische Symbolpolitik lehnen wir ab.

Tempelhof-Schöneberg verfügt über eine bemerkenswerte Vielfalt an Grünflächen: das Tempelhofer Feld als größte innerstädtische Freifläche Europas, den Natur-Park Schöneberger Südgelände, den Heinrich-von-Kleist-Park, den Alten Park Mariendorf, den Volkspark Mariendorf, den Volkspark Lichtenrade, den Freizeitpark Marienfelde, die Marienfelder Feldmark mit ihren landwirtschaftlich geprägten Flächen an der Landesgrenze, die Zehn-Morgen-Anlage, den Insulaner, die Parkanlagen entlang der Dresdner Bahn sowie umfangreiche Kleingartenkolonien.

Diese Qualitäten gilt es zu bewahren – nicht durch Symbolpolitik, sondern durch Pflege, Schutz und gezielte Maßnahmen. Denn Vernachlässigung und Verunreinigung von Grünflächen nehmen sichtbar zu. Öffentliche Räume verwahrlosen immer mehr.

Essensreste und Müllablagerungen ziehen Tiere wie zum Beispiel Wanderratten und Waschbären an. Stark verbreitete sowie invasive Tierarten sollten zum Schutz der Artenvielfalt tier- und artgerecht kontrolliert sowie reduziert werden. Nicht-letale Maßnahmen sind hierbei stets zu bevorzugen, was auch dem Phänomen der kompensatorischen Reproduktion Rechnung trägt.

Klimapolitisch lehnen wir die einseitige Fixierung auf Wind- und Solar-energie ab. Fassadendämmungen aus leicht entflammbarem Polystyrol, die den Charakter gründerzeitlicher Bauten zerstören, haben in unserem Bezirk mit seinen geschützten Quartieren nichts verloren.

Wir wollen:

- kreative Gestaltung des Tempelhofer Feldes im Rahmen einer ökologisch und bürgernah konzipierten Central-Park-Anlage
- Pflege und Schutz von Parks, Spielplätzen und Kleingartenanlagen
- Erhalt der Marienfelder Feldmark mit ihrem landwirtschaftlichen Charakter
- Schutz des Natur-Parks Schöneberger Südgelände
- neue Hundeauslaufflächen in Marienfelde und Mariendorf (ein neuer zusätzlicher Auslauf im Kleistpark reicht nicht aus)
- Schutz der Gewässer und Naherholungsflächen (wie Lichtenrader Dorfteich, Landwehrkanal, Teltowkanal)
- Rückschnitt und Pflege der öffentlichen Grünflächen
- Unterstützung des „mähfreien Mai“: Ziel ist es, Wildblumen und Kräutern die Blüte zu ermöglichen. Dadurch erhalten Bienen und andere Insekten in einem nahrungsarmen Jahresabschnitt die benötigte Lebensgrundlage, und überwinternde Tiere finden Schutz.
- Bewahrung der Artenvielfalt durch tierschutzgerechte Kontrolle und Zurückdrängung stark verbreiteter sowie invasiver Tierarten
- regelmäßige Reinigung von Wegen und Plätzen, konsequentes Vorgehen gegen illegale Müllablagerungen an bekannten Hotspots
- Ausbau schattiger Ruheorte, mehr Bänke in den Parks
- Aktionsplan für Straßenbäume: Pflege, Nachpflanzungspflicht, Bewässerung
- Ablehnung fragwürdiger Gebäudehüllendämmungen und biomassebefeuerter Anlagen ohne Filterfunktion

16. VERWALTUNG UND BÜRGERNÄHE

Eine funktionierende Verwaltung ist Grundlage des Vertrauens in den Staat. Lange Wartezeiten in den Bürgerämtern, wiederkehrende Systemausfälle des bezirklichen Serviceportals und undurchsichtige Mittelvergaben sind das Gegenteil davon.

Tempelhof-Schöneberg hat zwei Hauptbürgerämter (John-F.-Kennedy-Platz in Schöneberg, Tempelhofer Damm in Tempelhof) und weitere Servicestandorte. Die Wartezeiten sind teilweise untragbar. Das Serviceportal Berlin ist wiederholt durch einen technischen Fehler lahmgelegt – ein symptomatisches Beispiel für eine schlecht umgesetzte Digitalisierung. Wer nicht digital unterwegs ist, wird abgehängt.

Der sogenannte „Beauftragtenwildwuchs“ – Beauftragte für alles und jedes, oft ohne gesetzliche Grundlage – bindet Mittel, die in der Kernverwaltung und bei der Infrastruktur fehlen.

Wir wollen:

- kürzere Wartezeiten in den Bürgerämtern durch besseres Termin- und Personalmanagement
- stabile Technik im Serviceportal statt wiederholter Systemausfälle
- gleichwertige digitale und analoge Zugänge
- mobile und dezentrale Serviceangebote, besonders in Lichtenrade und Marienfelde
- frühzeitige Einbindung der Bürger in wichtige Vorhaben – keine Scheinbeteiligungen
- nachvollziehbare und faire Mittelvergabe im Bezirk
- Abbau nicht gesetzlich vorgeschriebener Beauftragtenstellen
- wirksame Maßnahmen für den Katastrophenschutz, inklusive funktionierender Warnsysteme
- keine bezirkliche Finanzierung von Melde- und Registerstellen

17. DIGITALISIERUNG

Digitalisierung soll das Leben erleichtern, nicht erschweren. Ein kostenfreies WLAN-Netz im Bezirk, stabile digitale Bürgerdienste und die Schaffung einer digitalen Bezirksbibliothek sind machbare nächste Schritte.

Digitale Angebote sollen das Leben erleichtern, führen aber gegenwärtig häufig zu Frust. Analoge Angebote verschwinden, bevor digitale Alternativen tragfähig funktionieren. Unausgereifte Systeme, zu wenig Schulung und überhastete Einführungen überfordern Bürger und Verwaltung gleichermaßen. Wir setzen auf Digitalisierung mit Augenmaß: als Ergänzung, nicht als Ersatz.

Ein öffentliches Freifunknetz mit flächendeckenden kostenfreien WLAN-Hotspots könnte der Startpunkt sein – in den Einkaufsstraßen, an Bahnhöfen, in den Bürgerämtern, in Bibliotheken und Parks. Die digitale Katalogisierung der Buchbestände der Bezirksbibliotheken ist überfällig.

Wir wollen:

- Aufbau eines Freifunknetzes und flächendeckender kostenfreier WLAN-Hotspots im Bezirk
- nutzerfreundliche digitale Bürgerdienste auf stabiler technischer Basis
- digitale Bezirksbibliothek als Ergänzung der physischen Standorte
- Digitalisierung von Bibliothekskatalogen
- Erhalt analoger Angebote für alle, die digitale Wege nicht nutzen können oder wollen
- gezielte Schulung des Verwaltungspersonals
- hohe Anforderungen an Datenschutz und IT-Sicherheit bei allen bezirklichen Digitalprojekten

Politische Werbung | Herausgeber:
AfD Bezirksverband Tempelhof-Schöneberg
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Turban
Alternative für Deutschland
Berlin Tempelhof-Schöneberg
13435 Berlin, Eichhorster Weg 80